Neue Freie Presse 4./III. 1916

Amerika und die Unterseebootfrage.

Viele Mitglieder des Repräsentantenhauses und einige Senatoren, die sich durchaus im unklaren bezüglich der genauen Vorgänge bei den Verhandlungen mit Deutschland befinden, fürchten, es würde zum Kriege führen, wenn die Amerikaner nicht von bewaffneten Handelsschiffen ferngehalten würden und wenn Deutschland seinen Entschluß in die Tat umsetzen sollte, Handelsschiffe zu versenken, ob sie nun zum Angriffe oder zur Verteidigung bewaffnet wären. Da sie nicht im vollen Umfange unterrichtet waren, wurden sie durch die Mitteilungen beunruhigt, die Präsident Wilson seit der Montag mit den Parteiführern gehabten Unterredung angeblich gemacht hat und die immer mehr übertrieben wurden, während sie sich von Zimmer zu Zimmer verbreiteten. Sie wurden erregt und beunruhigt durch Nachrichten, wonach Wilson darauf bestehen wolle, in keinem Punkte Deutschland nachzugeben, selbst wenn das zum Kriege führen würde: ferner, daß Wilson erklärt hätte, jeder weitere Angriff auf ein Schiff, bei dem ein Amerikaner sein Leben verlöre, würde unverzüglich zum Abbruche der diplomatischen Beziehungen führen; schließlich, daß Wilson seine Gleichgültigkeit gegenüber der Haltung des Kongresses zum Ausdrucke gebracht hätte.

Alle diese Mitteilungen dienten dazu, unter den Mitgliedern des Kongresses Widerspruch zu erwecken und die Furcht aufkommen zu lassen, daß das Land unmittelbar in Gefahr gestürzt würde, wenn nicht das, was sie für die Politik der Regierung hielten, durch eine gesetzgeberische Maßnahme gemildert würde, indem die Amerikaner gewarnt werden. Der demokratische Senator Gore machte den Versuch, ein Gesetz, das die Reise von Amerikanern auf bewaffneten Schiffen verbietet, und auch eine ähnliche Resolution in demselben Sinne einzubringen, die im Gegensatz zu einem Gesetz der Zustimmung des Präsidenten nicht bedarf. Der Versuch wurde indessen durch den republikanischen Senator Brandegee vereitelt, und nach der Geschäftsordnung des Senats kann der Versuch erst in der nächsten Tagung wieder aufgenommen werden. Gore erklärte: Es scheint mir, daß das Staatsschiff im vollen Laufe auf Klippen zutreibt oder getrieben wird. Ich bezweifle, daß Deutschland die Unverletzlichkeit bewaffneter Handelsschiffe zugestehen wird. Ich glaube nicht, daß die öffentliche Meinung der Vereinigten Staaten einen Krieg mit Deutschland auf Grund der Weigerung Deutschlands, solchen Schiffen sichere Fahrt zu gewährleisten, billigen würde. Gore erklärte weiter, Kanonen an Bord von Handelsschiffen seien Ueberbleibsel aus den Zeiten, da Freibeuter und Seeräuber die Meere befuhren, und in einer Zeit, wo Reisen auf solchen Schiffen den Frieden der Nation gefährden, sei es kein wirkliches Opfer an nationaler Ehre und Würde, die Amerikaner vor der Benützung solcher Schiffe zu warnen.

Eine weitere Depesche der Associated Preß besagt:

Eine Möglichkeit, die sich unter anderen aufdrängte, war die, daß die ganze Schwierigkeit dadurch erledigt werden könnte, daß der Kongreß sich dahin ausspräche, die Amerikaner sollten ihr Land nicht durch Reisen auf bewaffneten Schiffen in Kriegsgefahr bringen. Es wurde betont, daß eine solche Maßnahme etwas ganz anderes sei als eine Verhinderung der Amerikaner an der Benützung solcher Schiffe durch ein Gesetz, wie einige schwebende Gesetzanträge und Resolutionen vorschlagen, und nicht als Preisgabe von Rechten angesehen werden könnte. Stone veröffentlichte eine Erklärung, worin er sich gegen jede Maßnahme des Kongresses aussprach, bevor die diplomatischen Mitel erschöpft wären. Andere Berichte lauten ebenfalls dahin, daß keine endgültige Maßnahme erwartet wird, ehe die Beilagen zu der deutschen Denkschrift in Washington eingetroffen seien.